

eine Anhörung des Berufsstandes der Vertreter, Treuhänder und Buchhalter habe nicht stattgefunden. Dies sei kein korrektes Vernehmlassungsverfahren gewesen. Deswegen habe man den Verband gegründet und wünsche sich offiziell vernehmen zu lassen, eine Stellungnahme abgeben zu können und mit einer Kommission zu beraten. Es folgten in der Petition weitere Kritiken an der Vorlage und Vorschläge für eine Umgestaltung.<sup>127</sup>

Nach der Verlesung des Schreibens war für Johann Beck (VU) klar, dass man nun eine Anhörung machen und im Frühling die nächsten Lesungen durchführen könne. Das Problem der fehlenden Liste der Treuhänder sei nicht mehr gegeben. Abgeordneter Peter Marxer wendete ein, dass es nicht nötig sei, die Vorlage an die Regierung zurückzuschicken. Es stelle sich nur die Frage, ob man die Petition in dieser Sitzung behandeln könne, oder ob man eine Kommission bilden solle. Er verwies zusätzlich auf das Problem, dass die genannten Verbände nicht repräsentativ sein könnten. Die Anhörung wäre genauso problematisch vorher, schloss er. Cyrill Büchel beantragte die Absetzung des Traktandums und die Zustellung der Petition an alle Abgeordneten. Abgeordnete beider Parteien plädierten für eine Kommission. Georg Malin (FBP) fragte noch warum das Gesetz von 1958 nicht gewirkt hatte, worin es geheissen hatte, das die Rechtsagenten eine Bewilligung halten müssten. Der Regierungschef erklärte, es habe sich damals um eine Verordnung gehandelt, worin aber keine Einschränkung bei Rechtsagenten vorgenommen wurden. Er wolle nicht auf Einzelheiten eingehen, solange Verfahrensfragen offen seien. Der Regierungschef zeigte sich erleichtert, dass auch in der Petition davon die Rede sei ‚Ordnung‘ zu schaffen: „Und wie ich aus der Presse im In- und Auslande entnehmen konnte, wurde das Gesetz auch so aufgefasst und auch gut aufgenommen.“<sup>128</sup>

Parteisprecher Peter Marxer begann darauf Personen für Kommission vorzuschlagen. Präsident Frick musste ihn bremsen. Zuerst hatte man überhaupt über die Einsetzung einer Kommission abzustimmen, was einhellig geschah. Die Vorschläge zur Besetzung und die Absetzung des Traktandums von der Tagesordnung geschahen einhellig.<sup>129</sup>

### **6.1.3 Die zweite und dritte Lesung**

Knapp ein Jahr später traf man sich, um das Gesetz in der zweiten und dritten Lesung zu beraten. Der Landtagspräsident leitete ein und erklärte, dass die Kommission die

---

<sup>127</sup> Ltp vom 21.12.67, S. 385-392.

<sup>128</sup> Ltp vom 21.12.67, S. 395.

<sup>129</sup> Ltp vom 21.12.67, S. 395-396.